

33. Jahrgang

Nr. 1

März 2022

Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung des sozialen Organismus

Die Erosion der europäischen Sicherheitsarchitektur und der Krieg in der Ukraine

Schwankende Gestalten – Subjekte der Transformation vor der Bewährungsprobe

Die Dialektik von individueller und sozialer Entwicklung

Was kommt nach der „Initiative Netzwerk Dreigliederung“?

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Ukraine

Die Erosion der europäischen Sicherheitsarchitektur und der Krieg in der Ukraine
(Im Gespräch mit Friedrich Glasl) _____ 3

Können lokale Demokratie-Experimente in der Ukraine die Invasion überleben?
(Joe Mathews) _____ 13

Was würde Egon tun?
(André Bleicher) _____ 15

Konsequenzen für die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen nach dem Krieg
(Wolfgang Rau, Stefan Padberg) _____ 16

Transformation

Schwankende Gestalten! – Subjekte der Transformation vor der Bewährungsprobe
(André Bleicher) _____ 18

Die Große Transformation II – Die Dialektik zwischen individueller und sozialer Entwicklung
Zusammenfassung der Vorträge von Harald Schwaetzer und Johanna Hueck _____ 28

Nachruf und Berichte

Götz Werner, der Allesverschenker
(Gerald Häfner) _____ 35

Was kommt nach der „Initiative Netzwerk Dreigliederung“? (Stefan Padberg) _____ 38

Vorschau auf kommende Hefte
(Stefan Padberg) _____ 45

Leserbriefe _____ 46

Initiativen _____ 47

Kolloquium Transformation III:
Metamorphosen der Ökonomie - Grenzen des „grünen Kapitalismus“ _____ 48

Editorial

Auch uns hat der Angriff auf die Ukraine kalt erwischt. Relativ schnell war klar, dass der eigentlich geplante und angekündigte Schwerpunkt zum Koalitionsvertrag der Ampelregierung aufgegeben werden musste. Die Ereignisse schienen die Politik in Berlin so dermaßen radikal zu überrollen, dass der Koalitionsvertrag als Plan für die Regierungsarbeit mit gutem Recht als Makulatur bezeichnet werden kann.

Zum Glück stand der bekannte Konfliktforscher Friedrich Glasl kurzfristig zu einem Gespräch zur Verfügung. Mit ihm konnten wir verschiedene Aspekte der Situation besprechen, wobei vieles nur skizzenhaft angeschnitten werden konnte. Ich möchte Ihnen deshalb auch das Interview mit ihm aus dem Jahr 2015 ans Herz legen, das in den „Sozialimpulsen“ 3/2015 veröffentlicht worden ist. Zusammen ergeben die beiden Gespräche einen guten Ausgangspunkt für die eigene Meinungsbildung.

In diesem Heft werden weitere Darstellungen zu Transformationsfragen präsentiert. Es sind dieses Mal vor allem Fragen nach dem „subjektiven Faktor“ der Transformation.

Mein Referat auf dem letzten Netzwerktreffen im November, in dem ich meiner Sorge über bestimmte Entwicklungen in unserer „Szene“ Ausdruck verleihen und welche Konsequenzen daraus möglicherweise für die Netzwerkarbeit folgen, habe ich zum Nachlesen verschriftlicht. Eine Vorschau auf die kommenden Hefte zeigt, wie die weitere inhaltliche Entwicklung der Zeitschrift ausgestaltet würde, wenn alles so lief, wie wir uns das vorstellen. Allerdings stehen diese Planungen alle unter Vorbehalt. Die Zeitsituation wird offenbar immer unberechenbarer.

Hoffen wir, dass wir den sich langsam bemerkbar machenden Frühling genießen können und mit seinem Schwung das Rad der Geschichte wieder etwas weiter in eine gute Richtung drehen können.

Herzlich

Ihr *Stefan Padberg*

Impressum

Sozialimpulse – Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 – 23 68 950, E-Mail: info@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 18630480.

Redaktion/Verwaltung: Stefan Padberg. Lektorat: Cornelia Ludwig-Fröschl. Gestaltungskonzept: Marion Ehram. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart.

Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr € 30,-). Zahlungen bitte durch Überweisung auf Treuhandkonto Czesla (IBAN: DE65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLADEST600) oder in bar. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in DE können uns auch ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils am 15. Februar, Mai, August und November. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. ■

Ukraine

Die Erosion der europäischen Sicherheitsarchitektur und der Krieg in der Ukraine

Im Gespräch mit Friedrich Glasl

Am sechsten Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine sprachen André Bleicher (AB) und Stefan Padberg (SP) mit dem Konfliktforscher Friedrich Glasl über die Vorgeschichte und mögliche Auswege aus diesem Krieg.

SP: Ich möchte uns zu Beginn auf die **Entwicklung der europäischen Sicherheitsordnung seit 1990** (siehe Kasten) und ihre Erosion in Erinnerung rufen. Im Rückblick muss man konstatieren, dass es in den 1990er-Jahren eine relativ positive Stimmung zwischen Russland und der NATO gab. Neben der Charta von Paris und dem 2-plus-4-Vertrag hatte man einen Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) vereinbart, in dem vieles in Bezug auf den Abbau von Waffensystemen geregelt wurde. Im NATO-Krieg gegen Serbien wegen des Kosovo ist Russland zwar wegen seiner traditionellen guten Beziehungen zu Serbien auf Distanz gegangen. Dennoch konnte Russland bei der Überwachung der Dayton-Abkommen eingebunden werden. Selbst als es 1999 zum NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn kam, hat man es mit der NATO-Russland-Grundakte geschafft, Russland einzubinden und die Zustimmung zur ersten NATO-Osterweiterung zu erlangen.

1999 wurde die Europäische Sicherheitscharta vereinbart, in der festgelegt wurde – und das wird ja jetzt immer wieder zitiert: Jeder Staat hat das Recht, einem Bündnis beizutreten oder neutral zu bleiben. Doch steht da auch, dass die Staaten ihre gegenseitigen Sicherheitsinteressen respektieren und die Sicherheit nicht zulasten anderer Staaten stärken sollen. Dieser Punkt sei in der Folge nicht beachtet worden, sagt Moskau heute.

Die Wende in den Beziehungen zwischen Russland und der NATO hängt meiner Ansicht nach mit den Attentaten vom 9. September 2001 zusammen. Die Bush-Administration fing danach an, ihr unilaterales Paradigma des „New American Century“ umzusetzen und sah deshalb keine Notwendigkeit mehr, sich mit Russland in Europa zu verständigen. Dem fiel als erstes das schon fertig verhandelte KSE-Anpassungsabkommen zum Opfer. Der KSE-Vertrag regelte die Waffenobergrenzen, aber blockbezogen. Durch die Auflösung des Warschauer Paktes sowie der Sowjetunion war es aber nicht mehr sinnvoll, blockbezogene Obergrenzen festzulegen, sodass der Vertrag an die

Erklärung zum Angriffskrieg auf die Ukraine

Seit dem 24. Februar 2022 wird die Ukraine auf Befehl von Wladimir Putin von der russischen Armee angegriffen – mit verheerenden Folgen für die vom Kriege unmittelbar betroffenen Menschen. Der Angriff auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig und durch nichts zu rechtfertigen. Krieg, Gewalt oder die Androhung von Gewalt sind kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Am wichtigsten ist nun die Beendigung der Kämpfe und die Rückkehr an den Verhandlungstisch sowie die Organisation von Hilfe für die Betroffenen.

Unsere Solidarität gilt allen, egal auf welcher Seite, die durch den Krieg Leid erfahren, aber auch denen, die sich gegen diesen Krieg wenden und an Friedenslösungen arbeiten. Die Menschen in Russland sind nicht unsere Feinde, auch wenn die Solidarität mit der Ukraine gegenwärtig absolut geboten ist, Flüchtlingen geholfen, Sanktionen verhängt und die Selbstverteidigung der Ukraine gestärkt wird. Wir dürfen dabei aber nicht der Logik der Konflikteskalation folgen.

Durch den Klimawandel stehen wir als Weltgemeinschaft vor Existenz bedrohenden globalen Herausforderungen, die wir nur bewältigen werden, wenn alle Menschen, Staaten und Völker zusammenarbeiten. Ein Rückfall in ein Freund-Feind-Denken ist in keiner Weise hilfreich. Zur Bewältigung der Folgen dieses Konflikts befürworten wir Untersuchungen zum Umgang Russlands, aber auch des Westens mit Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen in den letzten 30 Jahren. Eine öffentliche Debatte über eine neue europäische Sicherheitsarchitektur ist nun geboten.

Stuttgart, den 15. März 2022

André Bleicher, Wolfgang Rau, Stefan Padberg

neue Situation angepasst werden musste. Es sollten jetzt Obergrenzen für die einzelnen Staaten festgelegt werden. Diesen KSE-Änderungsvertrag hat die USA nie ratifiziert. Russland hingegen hat ihn ratifiziert und eingehalten.

2002 hat die USA den ABM-Vertrag (Anti Ballistic Missiles) aufgekündigt und stattdessen Mittelstreckenraketen in Osteuropa stationiert, vordergründig gegen den Iran. Und 2008 kam es zu einem vorsichtigen NATO-Beitrittsangebot für Georgien und die Ukraine. Kurz darauf kam es zur russischen Intervention in Georgien. Im Hintergrund stand dabei der Konflikt um Abchasien und Ossetien, mehrheitlich von Russen

Die europäische Sicherheitsarchitektur...

1987 INF-Vertrag (Intermediate- and Short-Range Nuclear Forces)

Zerstörung aller 2.700 Mittelstreckenraketen. Russland und die USA vernichteten zudem freiwillig einen großen Teil ihrer taktischen Atomwaffen.

1990 Charta von Paris

Grundlage einer neuen europäischen Sicherheitsordnung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und umfassende Sicherheitskooperation werden garantiert, Sicherheitspartnerschaft zwischen NATO und Warschauer Pakt

1990 Zwei-plus-Vier-Vertrag

Deutschland verpflichtete sich, keine Atomwaffen und keine ausländischen Truppen in Berlin und den neuen Bundesländern zu stationieren.

1990 Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)

Herstellung eines militärischen Gleichgewichts zwischen NATO und Warschauer Pakt auf niedrigem Niveau. Eliminierung der Fähigkeiten zu regionalen Überraschungsangriffen und groß angelegten Aggressionen.

Bis 1996 wurden fast 60.000 Großwaffensysteme abgebaut. Die Hauptlast trugen Russland und Deutschland.

Trat erst 1992 in Kraft, als die Sowjetunion und der Warschauer Pakt schon aufgelöst waren. Für Russland war wichtig, dass der Vertrag die NATO auf ihren Besitzstand von 1990 begrenzte und die geografische Distanz zu Russland absicherte.

1994 Partnerschaft für den Frieden

Verabredung gemeinsamer Manöver, gegenseitige Manöver-Beobachtung. Vertragsparteien sind neben NATO und Russland viele europäische und asiatische Staaten.

1997 NATO-Russland-Grundakte

Stärkung der OSZE als gemeinsame Sicherheitsorganisation. Vereinbarung der Anpassung des KSE-Vertrags an die neue geopolitische Lage (Auflösung von Warschauer Pakt und Sowjetunion): statt Blockgleichgewicht nationale und territoriale Obergrenzen für jeden Vertragsstaat und Begrenzung der Zahl stationierter Truppen („Die NATO wird keine zusätzlichen substanziellen Kampftruppen permanent stationieren“, keine Atomwaffen in den NATO-Beitrittsländern)

bewohnte georgische Gebiete, die zur Unabhängigkeit drängten und darin von Russland unterstützt wurden. Von westlicher Seite wurde dies als einseitige Veränderung der Grenzen interpretiert und als Verletzung der europäischen Sicherheitsordnung.

2014 kam es unter unklaren Umständen zum Regierungswechsel in der Ukraine, und der russlandfreundliche Präsident musste fliehen. Kurz darauf besetzte Russland die Krim, und es kam zu bürgerkriegsähnlichen Ereignissen in den Oblasten Donezk und Luhansk, die nach ähnlichem Muster abliefen wie 2008 in Georgien. Können Sie dieses Bild für uns bestätigen oder vervollständigen?

Im bin seinerzeit mehrfach in Georgien gewesen. Ossetien ist heute immer noch russisch besetzt und Abchasien wurde in die GUS aufgenommen.

Die russische Regierung hatte gegen die Beitrittsangebote an Georgien und die Ukraine heftig protestiert. Schon die Rede Wladimir Putins auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 war ein deutliches Zeichen von russischem Missbehagen. Also hat es deutliche Zeichen von russischer Seite gegeben: „Nicht mit uns“.

Alles, was Sie aufgezählt haben, deckt sich grundsätzlich mit meiner Kritik, dass die westliche Seite, wenn nicht schlampig, so doch wenigstens ignorant oder auch fragwürdig mit allen Ansätzen umgegangen ist, die es im Bereich der europäischen Sicherheitsordnung gegeben hat. Ergänzend sei die Partnerschaft für den Frieden erwähnt, in deren Rahmen Beobachter gegenseitig zu den Manövern eingeladen wurden. Es war alles eigentlich gut eingefädelt.

Diese Entwicklung wirft kein gutes Licht auf die westliche Seite. Ich betone das, weil die gesamte Berichterstattung, Auseinandersetzung und Polemik, die wir in Mittel- und Osteuropa erleben, diese Dinge überhaupt nirgendwo reflektiert. Das ist ein Problem. Aktuell wird man schnell mit dem neuen Schimpfwort „Putin-Versteher“ in eine gewisse Ecke geschoben und hat damit eine Killerphrase, die es einem nicht mehr erlaubt, auf diese Dinge einzugehen.

Um das Bild zu vervollständigen, sollte man ergänzen, wie sich die westliche Vertragspartei seinerzeit insgesamt verhalten hat. Die russische Regierung, vor allem Putin, hatte die Wahrnehmung, dass es nach der Auflösung der Sowjetunion ein Triumphgefühl gab, der Kapitalismus habe den Kommunismus besiegt. Hinzu kam der Siegeszug des Neoliberalismus mit all seinen Einseitigkeiten und Härten, gerade auch im Jelzin-Russland, und mit militärischer Gewalt, wenn wir daran denken, was in Südamerika geschehen ist. Denken wir auch an den Export des „american way of life“ und des westlichen oder amerikanischen Demokratiemodells, wo die westliche Seite, die NATO, die USA und noch andere kleinere Staaten sehr offensiv waren. Unter fadenscheinigen Begründungen: 9/11, den Einmarsch in Afghanistan und die Golfkriege haben Sie schon erwähnt, startete man einen „Kreuzzug gegen den Terror“ und

dergleichen. Aus der Sicht der russischen Regierung und der speziellen Sicht Putins sah es so aus, dass in erster Linie die westliche Seite der Aggressor war. Wenn man die Fakten so nebeneinander stellt, muss man zugeben, dass da eklatante Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte passiert sind.

Es war die westliche Seite, die als erste die umstrittene Begründung brachte, dass man bestimmte Gruppierungen schützen müsse (Kosovo). Solch fadenscheinige Begründungen nutzte Putin danach ebenfalls (Südostserbien, Abchasien, Ostukraine). Das hat in der Folge das Völkerrechtsprinzip die Unversehrtheit der Grenzen und der Territorien, ins Wanken gebracht. Die Interpretierbarkeit der Notwendigkeit einer humanitären Intervention, bei der man auch die territoriale Integrität verletzen könne, hat hier de facto eine Unklarheit im Völkerrecht geschaffen.

Zur Anerkennung der beiden „Volksrepubliken“ im Osten der Ukraine durch die russische Regierung muss man sagen, dass das eine Völkerrechtsverletzung ist. Bisher war es so, dass eine *de jure* Anerkennung nur möglich ist, wenn ein Gebiet *de facto* eine längere Zeit unter Kontrolle einer separatistischen Gruppierung gewesen ist. Aber am Ende ging es Putin nicht mehr darum, denn er hat den russischen Anspruch auf die gesamte Fläche dieser Verwaltungsbezirke erweitert, nicht nur auf die Bereiche, die unter Kontrolle der russlandfreundlichen Milizen standen. Auch das ist eine fragwürdige Geschichte.

Es bringt aber letzten Endes nichts aufzurechnen, wo und wann welche Seite Völkerrecht gebrochen hat. Aber es ist wichtig, sich das klar zu machen, um nicht in eine unreflektierte Einseitigkeit zu geraten. Denn es geht jetzt darum, wie man da wieder herauskommt. Mit einer einseitigen Zuweisung von Schuld im moralischen und im völkerrechtlichen Sinn kommt man nicht weiter.

Eurasische Orientierung in Russland

SP: *Welche Rolle spielten auf russischer Seite geopolitische Überlegungen in Bezug auf Eurasien? Haben wir da im Westen eine übertriebene Wahrnehmung?*

Das mit Eurasien ist leider keine Unterstellung. Ich war beruflich oft in Russland, in Moskau, in der Akademie der Wissenschaften usw. Schon vor 15 oder 20 Jahren hatte mir der Rektor der Uni eine Broschüre auf Englisch über das Eurasien-Konzept gezeigt, das die russische Regierung und speziell die Person Putin als Alternative zu Russland als europäisches Land vertreten hat. Im Lauf der Jahre zeigte sich bei Kontakten mit regierungstreuen Menschen, dass immer mehr diesem Konzept zuneigten. Darüber könne man ja reden, das sei ja wie die EU, ein Wirtschaftsraum und ein Bündnissystem von Russland und China, sowie China mit der Seidenstrasse. Das sind alles bekannte Dinge, gegen die man erst mal nichts einwenden konnte. Nur, dass mehr und mehr das Gefühl entstand, auch bei der russischen Bevölkerung, Russland werde vor die europäische Tür gesetzt. Das geschah mit verschiedenen Akten,

... und ihre Erosion ...

1998 NATO-Krieg gegen Serbien

Russland kritisierte dessen Völkerrechtswidrigkeit, arbeitete aber bei der Umsetzung der Dayton-Abkommen zur Rüstungskontrolle im Ex-Jugoslawien mit der NATO zusammen.

1999 Erste NATO-Osterweiterung (Polen, Tschechien, Ungarn)

Russland stimmte der NATO-Osterweiterung von 1999 unter den in der NATO-Russland-Grundakte vereinbarten Bedingungen zu, obwohl sie im Gegensatz stand zu den mündlichen Äußerungen des US-amerikanischen Außenministers James Baker und des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher von 1990, denen zufolge sich die NATO nach der Wiedervereinigung nicht weiter nach Osten ausdehnen werde.

1999 KSE-Anpassungsabkommens

Es sollte dem Wandel der Rahmenbedingungen (Auflösung von Warschauer Pakt und Sowjetunion) Rechnung tragen, den Vertragsbeitritt weiterer europäischer Staaten ermöglichen und so zur Verbesserung der militärischen Stabilität in Europa beitragen.

1999 Europäische Sicherheitscharta

Schaffung eines gemeinsamen Raumes gleicher und unteilbarer Sicherheit. Jeder Staat hat das Recht, einem Bündnis beizutreten oder neutral zu bleiben. Die Staaten sollen ihre gegenseitigen Sicherheitsinteressen respektieren und ihre Sicherheit nicht zu Lasten anderer Staaten stärken.

2002 Aufkündigung des ABM-Vertrags durch die USA

Moskau wertete dies als Gefahr für die strategische Stabilität.

2004 Russland ratifiziert KSE-Anpassungsabkommen

2004 Zweite NATO-Osterweiterung (Bulgarien, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen)

Da das KSE-Anpassungsabkommen noch nicht in Kraft war, gehörten diese Staaten nicht dem KSE-Vertragsregime an. So entstanden an Russlands Grenzen, nämlich in den baltischen Staaten, potentielle Stationierungsräume der Allianz, die keinen rechtsgültigen Rüstungskontrollregeln unterlagen. – Vor allem gab es keine gemeinsame Definition dessen, was „keine zusätzlichen substanziellen Kampftruppen stationieren“ konkret bedeutet. Russland war entsprechende Verpflichtungen für die Grenzräume zum Baltikum, Finnland und Polen hingegen eingegangen.

...bis zum Konflikt um die Ukraine

2007 Vereinbarungsgemäßer Abzug aller russischen Peacekeeper aus Georgien (Abchasien) und Transnistrien

2007 USA schaffen „ständige Militärpräsenz“ am Schwarzen Meer (Rumänien und Bulgarien)

wurde vorher nicht im Bündnis oder im NATO-Russland-Rat erörtert. Ihre »rotierenden« Kampftruppen in Rumänien und Bulgarien bezeichneten die USA als »nicht substanziell«, obwohl beide Staaten zum »Flankengebiet der östlichen Gruppe« der KSE-Vertragsstaaten gehören, für die besondere Begrenzungen und Konsultationspflichten gelten.

Russland hat daraufhin die eigenen Flankenbegrenzungen, welche den Umfang russischer Truppen im Hohen Norden und im Kaukasus limitieren, für obsolet erklärt.

Russland beginnt, die von Georgien abtrünnigen Republiken informell zu unterstützen.

2007 Bilaterale Vereinbarung zwischen den USA, Polen und Tschechien über Stationierung von Raketenabwehrsystemen „gegen den Iran“

Moskau wertete dies als Erhöhung der Gefahr für die strategische Stabilität.

2007 Putins Rede auf der MSC

Putin kritisierte diese Entwicklungen als Bruch der Vereinbarungen von 1997 und 1999 und unterstellte den USA, sie betreibe Geopolitik zum Nachteil Russlands. Ende 2007 suspendierte er den KSE-Vertrag, dessen Gleichgewichtskonzept obsolet geworden war.

2008 Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo durch viele westliche Staaten

Erstmals wurden seit der Charta von Paris Grenzen in Europa nach vorheriger Gewaltanwendung und ohne Zustimmung des Sicherheitsrates verändert. Moskau reagierte, indem es seine informellen Beziehungen zu Abchasien und Südossetien aufwertete.

2008 Beschluss über NATO-Beitritt von Georgien und Ukraine

Deutschland und Frankreich verhinderten einen konkreten Beitrittsplan. Sie befürchteten eine Destabilisierung der Ukraine, da die Bevölkerungsmehrheit den Bündnisbeitritt ablehnte. Zudem mahnten sie, »rote Linien« Moskaus nicht zu überschreiten, um die regionale Stabilität und die Sicherheit Europas und der Allianz nicht zu gefährden.

Quelle: Oberst a.D. Wolfgang Richter, *„Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung: Von der Kooperation zurück zur Konfrontation?“*, in: Hans W. Maull (Hg.), *Auflösung oder Ablösung*, SWP-Studie 2017/S21. S. 90-112

die als demütigend empfunden wurden. Wenn ich beispielsweise an die Olympiade in Sotschi denke, die von Politikern des Westens boykottiert wurde – ein Prestigeprojekt erster Ordnung in einer Zeit, in der noch vieles möglich war. Ich weiß durch meine Arbeit in Russland, dass eigentlich die Mehrheit im russischen Volk dies als demütigend empfunden hat. Man muss wissen, dass der größte Teil des Volkes voll hinter dem Dumabeschluss zur Aufnahme der Krim stand. Die Zustimmung reichte bis in die wirtschaftliche, politische und wissenschaftliche Elite hinein, die durchaus Möglichkeiten gehabt hat, die westliche oder ukrainische Sicht zu kennen. Auch Nawalny hat, bei aller Gegnerschaft zu Putin, die Aufnahme der Krim befürwortet.

Weltweite Rüstung im Vergleich

Hinweisen möchte ich noch auf die weltweiten Rüstungszahlen, wobei ich als Grundlage die Zahlen des SIPRI von 2020 habe. Wenn man sich den Stand der Rüstung, also den Anteil an allen Militärausgaben weltweit anschaut, zeigt sich Folgendes: USA 39 %, China 13 %, die NATO 55,7 %, Russland 3,1 %. Selbst wenn die russische Zahl gemogelt wäre und man sie verdoppeln würde, ist es immer noch ein ziemlicher Unterschied. Wenn ich nukleare Sprengköpfe dazunehme, dreht sich das Bild deutlich um. USA: 5550, Russland: 6255, China: 350. Was Waffenexporte betrifft, auch wieder laut SIPRI Stand 2020: USA 37 %, Russland 20 %, EU 26 %, China 5,2 %. China hat natürlich Eigenbedarf, deshalb ist die Zahl der Rüstungsexporte so niedrig.

Auch das gehört mit zur Perzeption russischerseits. Je nachdem wie man polemisiert, kann man entweder auf dieses oder jenes Ungleichgewicht hinweisen. Das sind bei der ganzen Sicherheitsarchitektur die blinden Flecken auf dieser und auf jener Seite gewesen.

Positive Rolle der OSZE

Was ich immer noch positiv vermerke – das sage ich wieder aufgrund meiner Arbeit in der OSZE: Russland ist ein sehr aktives Mitglied in der OSZE und hat bisher immer, auch 2014, dem Monitoring durch die OSZE zugestimmt. So wie in Moldawien oder wie in Bosnien, so auch in Donezk und Lugansk. Die OSZE hat sich als wirksam erwiesen, im Unterschied zu den Vereinten Nationen. Auch beim Minsker Abkommen kamen nur von russischer Seite Vorschläge, nicht von der anderen.

Das Problem ist jetzt, dass immer von Putins Seite gesagt wurde: „Die Nähe der NATO an der russischen Grenze: Bitte, das ist ein Problem. Darüber müssen wir reden.“ Genauso verständlich ist es, wenn die baltischen Länder sich durch Russland bedroht fühlen. Was im Rahmen der europäischen Sicherheitsarchitektur möglich gewesen wäre, ist nicht aufgegriffen worden. Im Gegenteil, und das ist mein Kernpunkt, hat die westliche Seite immer nur Forderungen an Russland gestellt und permanent wiederholt. Das, was seinerzeit Gorbatschow 1986 mit Reijckjavik gelungen ist, nämlich zu sagen: Ich

mache ein Angebot meinerseits und lade ein, macht etwas Entsprechendes, aber ich mache die Umsetzung meines Angebots nicht davon abhängig, dass ihr etwas Bestimmtes macht. Von westlicher Seite kamen zum Schluss immer nur Forderungen. Man erwartete, Russland müsse das und das und das tun. Es gab kein Raus aus diesem Der-Andere-muss-sich-zuerst-bewegen-Spiel, also ein Zeichen, dass man sich bewegt, ohne dass das als Kapitulation bewertet werden müsste.

Sollbruchstellen zwischen EU und USA?

SP: *Nun haben Deutschland und Frankreich immer eine etwas andere Linie als die USA gehabt. Sie haben der NATO-Aufnahme Georgiens und der Ukraine 2008 nicht zugestimmt, und sie haben in der Ukraine 2014 auf eine Verhandlungslösung gesetzt. Wie kann man das einschätzen? War das ernst gemeint, oder war das mehr zur „Verwirrung des Gegners“ gedacht?*

Die Erfahrungen mit Trump, der einseitig aus multilateralen Beziehungen ausgestiegen ist und auch sonst Druck ausgeübt hat, dass Europa die Rüstungsetats auf zwei Prozent des Bruttosozialprodukts erhöht, bewirkten eine Sollbruchstelle zwischen den USA und der EU. Da war man 2020 froh, dass Biden sich wieder zur Partnerschaft mit Europa bekannt hat. Ich habe das Verhalten des neuen US-Präsidenten als sehr ambivalent erlebt. Ich denke, dass die französische und deutsche Seite durchaus Interesse gehabt hätte, stärker ihren eigenen Weg zu gehen, ohne von der US-Seite als Aussteiger aus der NATO wahrgenommen zu werden. Das Dilemma war dabei, wie weit man gehen kann. Außerdem kam immer wieder diese Befürchtung, dass Putin nur darauf warte, dass innerhalb der NATO oder gar innerhalb der EU eine Spaltung auftritt. Das hat es schwierig gemacht.

In den letzten Wochen und Monaten glaube ich manchmal, ich höre nicht die EU, sondern die NATO, wenn es von EU-Seite zu Stellungnahmen kommt. Ich möchte daran erinnern, dass nicht alle EU-Mitglieder gleichzeitig in der NATO sind. Diese Vereinnahmung der Nicht-NATO-Mitglieder, die in der EU sind, gefällt mir überhaupt nicht. Das erzeugt einen gewissen Druck und schränkt die Möglichkeiten der nicht-militärisch gebundenen Mitglieder stark ein. Sie können dann nicht im Sinne einer neutralen Mitte agieren. Wirtschaftlich ist Österreich beispielsweise westlich orientiert, aber es hat Interesse an friedlichen Rahmenbedingungen. Ich appelliere deshalb an die österreichische Bundesregierung, die Neutralität ernstzunehmen. Finnland ist immer noch demilitarisiert, zwar nicht im völkerrechtlichen Sinn neutral, aber bündnisfrei. Wenn jetzt Finnland Mitglied der NATO würde, wäre das verheerend. Dadurch würde sich dieses Drohszenario aus russischer Sicht verstärken, voraussichtlich auf Rumänien und Bulgarien. Ich verstehe schon, dass manche sich jetzt freuen, dass der Riss, der sich in den letzten Jahren in der NATO gezeigt hatte, etwas ausgeheilt wird. Aber bitte nicht so, dass dadurch die EU völlig identifiziert wird mit dem Militärbündnis.

Friedrich Glasl: Stufenmodell der Konflikteskalation

1. Ebene (Win-Win: Es ist noch alles offen)

Stufe 1 – Verhärtung

Konflikte beginnen mit Spannungen, z. B. gelegentliches Aufeinanderprallen von Meinungen. Es ist alltäglich und wird nicht als Beginn eines Konflikts wahrgenommen.

Stufe 2 – Debatte, Polemik

Ab hier überlegen sich die Konfliktpartner Strategien, um den anderen von ihren Argumenten zu überzeugen. Man will den anderen unter Druck setzen. Schwarz-Weiß-Denken entsteht.

Stufe 3 – Taten statt Worte

Die Konfliktpartner erhöhen den Druck auf den jeweils anderen, um sich oder die eigene Meinung durchzusetzen. Es findet keine verbale Kommunikation mehr statt. Das Mitgefühl für den „anderen“ geht verloren.

2. Ebene (Win-Lose: Gewinner und Verlierer)

Stufe 4 – Koalitionen, Images

Der Konflikt verschärft sich dadurch, dass man Sympathisanten für seine Sache sucht. Da man sich im Recht glaubt, kann man den Gegner denunzieren. Es geht nicht mehr um die Sache, sondern darum, den Konflikt zu gewinnen, damit der Gegner verliert.

Stufe 5 – Gesichtsverlust

Der Gegner soll in seiner Identität vernichtet werden durch alle möglichen Unterstellungen oder Ähnliches. Hier ist der Vertrauensverlust vollständig. Gesichtsverlust bedeutet in diesem Sinne Verlust der moralischen Glaubwürdigkeit.

Stufe 6 – Drohstrategien

Mit Drohungen versuchen die Konfliktparteien, die Situation absolut zu kontrollieren. Sie soll die eigene Macht veranschaulichen. Hier entscheiden die Proportionen über die Glaubwürdigkeit der Drohung.

3. Ebene (Lose-Lose: nur noch Verlierer)

Stufe 7 – Begrenzte Vernichtung(sschläge)

Hier soll dem Gegner mit allen Tricks empfindlich geschadet werden. Ab hier wird ein begrenzter eigener Schaden schon als Gewinn angesehen.

Stufe 8 – Zersplitterung

Das Unterstützersystem des Gegners soll mit Vernichtungsaktionen zerstört werden.

Stufe 9 – Gemeinsam in den Abgrund

Ab hier kalkuliert man die eigene Vernichtung mit ein, um den Gegner zu besiegen.

Probleme der russischen Ökonomie

AB: Ich würde gerne eine Nachfrage anknüpfen bei den Rüstungsausgaben, die Sie zitiert haben. Interessant ist auch, wenn man diese Zahlen in Rüstungsausgaben pro Kopf oder ins Verhältnis zum Bruttosozialprodukt setzt. Das ist ein Indikator dafür, wie weit sich ein Land noch anstrengen kann, in Rüstung zu investieren, und wann es anfängt, andere Investitionen zu vernachlässigen. Gorbatschow war in den 1980er-Jahren auch wirtschaftlich gezwungen abzurüsten, unabhängig davon, dass er intellektuell so disponiert war, dass er das auch wollte. Er konnte sich die immensen Rüstungsausgaben nicht mehr leisten.

Das wiederholt sich jetzt ein Stück weit, weil Russland vier oder fünf Prozent in Rüstung investieren muss, mehr als die deutschen zwei Prozent. Das ist für ein Land, das ökonomisch hauptsächlich davon lebt, Ressourcen zu exportieren, und zu wenig produzierendes Gewerbe hat, eine große Herausforderung. Da steht zunehmend die Rüstung gegen die Sozialpolitik, also die Sozialverpflichtungen aus der Sowjetzeit, die fortgeschrieben worden sind und so etwas wie den inneren Konsens ausmachen. Putin als autokratischer Herrscher im Amt garantiert ein Minimum an Sozialstandards über die Exporte. Das gerät jetzt durch die Aufrüstung und Militarisierung unter Druck. Es stellt sich für mich die Frage, wie stark die russische Position zu bewerten ist.

Wir wissen alle, dass 50 Prozent des ganzen Staatseinkommens Russlands aus fossilen Energieexporten kommen. Allerdings muss man hier eine Differenzierung in Bezug auf den Waffenexport anbringen, also die 20 Prozent des weltweiten Waffenexports, die aus Russland kommen. In diesem Sektor ist durchaus Industrie vorhanden.

Außer fossiler Energie gibt es noch verschiedene Erden und Erze, die weltwirtschaftlich von Bedeutung sind. Das Verhalten Russlands, Chinas und der USA hat viel damit zu tun, sich seltene Erden und andere Vorkommen zu sichern. Das spielte bei Afghanistan eine Rolle, und auch jüngst in Myanmar. Das Land grabbing in Südamerika und in Afrika nicht zu vergessen. Diese rein ressourcenpolitischen Dinge spielen eine große Rolle.

Die Einseitigkeit der russischen Wirtschaft überhaupt und der Exportwirtschaft im Besonderen macht Russland sehr verwundbar. Aber gerade im Hinblick auf die Sanktionen, die jetzt im Gespräch sind, muss man sich klar machen, dass das russische Volk gelernt hat zu überleben, schon seit Hunderten von Jahren. Die Schwarzmärkte mit lokalen Produkten gibt es heute noch, die hat es immer gegeben.

Der Anteil der Rüstungsausgaben trifft das russische Volk ungleich härter. Insofern wären die Bemühungen der Konversion der Rüstungsindustrie in zivile Industrie ein Segen speziell für das russische Volk. Es bleibt die Frage, wie ernsthaft der Umbau der Wirtschaft in Russland in Richtung auf Ökologie und Nachhaltigkeit angegangen wird. Da sind noch offene Fragen.

Inner-ukrainische Konfliktlinien

AB: Ich habe eine zweite Nachfrage zu der Eskalationslinie, ausgehend von den 1990er-Jahren, die Sie vorhin aufgezeigt haben. Im Nachgang würde ich gerne Putin genauer anschauen, weil ich noch seine Rede 2001 im Deutschen Bundestag in Erinnerung habe. Dort habe ich einen ganz anderen Putin gehört, als man ihn heute wahrnimmt. Man müsste auch auf persönlicher psychologischer Ebene fragen, was da passiert ist, welche Verbitterung da stattgefunden hat, dass er heute ganz anders agiert. 20 Jahre liegen dazwischen und das sind für mich zwei verschiedene Personen, die ich nicht mehr in Übereinstimmung bringen kann.

Das Minsker Abkommen hatte in gewisser Weise eine Lösung entwickelt in der Form, dass die Ukraine so etwas wie eine dezentralisierte Föderation errichtet. Die Donezk- und Lugansk-Regionen erhalten Autonomie und werden als solche ähnlich wie Südtirol geführt, Regionen, die ihre eigene Kultur, ihre eigene Sprache, ihre eigene Wirtschaftskraft entwickeln können. Auf der anderen Seite orientiert sich der Westen der Ukraine ein Stück weit in eine andere Richtung. Nun ist das, wie wir wissen, nie Wirklichkeit geworden.

Welchen Anteil haben dabei die inner-ukrainischen Probleme gespielt? Wir haben bereits eingekreist, wie zerrissen diese Gesellschaft ist und wie sie an ihren eigenen Widersprüchen krankt. Welchen Anteil hat möglicherweise der russische Einfluss gehabt?

Das ist ein großes Problemfeld. Ich möchte hier auf zwei Umstände hinweisen, die miteinander verknüpft sind: das Problem der **Korruption**, insbesondere im **Gerichtswesen**, und das Problem der **Oligarchenwirtschaft**. Nehmen Sie Poroschenko, den Schokoladenoligarchen, und den Oligarchen Janukowitsch, der ganz auf die russische Linie eingeschwenkt ist und kurz vor der Unterzeichnung des Vertrages mit Russland war. Währenddessen ging die Bevölkerung auf den Majdanplatz und sagte: „EU, nicht Russland!“ Die Oligarchen steuern die Politik und es ist bekannt, dass sie stark auf den Markt Russland orientiert waren. Sie hatten ihre Beziehungen noch aus der Sowjetzeit und nicht viel Interesse, diese zu verlieren. Das wäre die Folge gewesen, wenn neue Marktbeziehungen zum Westen hätten aufgebaut werden müssen, mit Produkten, die vielleicht von der Qualität her im Westen nicht so geschätzt sind. Es gibt da sicher Unterschiede, aber die Frage ist: Kann sich ein Regierungschef aus dem Gefängnis der Oligarchie befreien?

Selenskyj, dessen Wahlkampf übrigens von einem Oligarchen, einem Banker, finanziert wurde, hat im Siegesrausch nach der Wahl gesagt, er möchte eine Befriedung in der östlichen Ukraine anstreben. Vor allem da, wo die Separatisten aktiv waren, mit Monitoring der OSZE. Am Anfang ist das eine oder andere auch gelungen, beispielsweise gab es Austausch von Gefangenen. Ich dachte, das ist ein guter Anfang. Aber in seiner Euphorie hat Selenskyj gleichzeitig den Beitritt zur EU und NATO als Ziel erklärt. Diese Festlegung ist ein Riesenproblem, finde ich.

Selenskyj bekam aber noch andere Probleme. Als er mit der Korruption aufräumen wollte, musste er aus bestimmten Gründen in Richtung Verstaatlichung der Banken gehen. Das betraf dann auch die Bank seines Gönners. Diese Oligarchen haben Privatarmeen. Sie fördern patriotische Milizen für den Fall, dass es zu irgendwelchen militärischen Aktionen kommt. Letztendlich sind es aber private Armeen, wie beispielsweise bei den Latifundienbesitzern in Brasilien. Das hat zu verschiedenen Brüchen innerhalb der Oligarchenschaft geführt. Es formierten sich Vorbehalte bis hin zu Widerstand gegen Selenskyj.

Die Spaltung innerhalb der Gesellschaft, von der die Rede ist, hat demnach nicht Sprach- und Kulturprobleme zur Ursache. Bei Befragungen haben ungefähr 90 Prozent der Menschen in der Ukraine gesagt, sie würden russisch im Alltag benutzen, und ungefähr 90 Prozent haben geantwortet, sie würden ukrainisch sprechen. Weil sie doppelsprachig waren, noch aus der Sowjetzeit!

Die Geschichte vom Genozid, die Putin anführt, und dass die Ukrainer die ganze Kultur auslöschen wollten, ist absurder Unsinn. Das, was jetzt geschieht, hat zum Ziel, die ukrainische Kultur und Sprache zum Verschwinden zu bringen. So wie das unter Stalin schon einmal geschehen ist, und zwar mit allen möglichen Sprachen und Kulturen. Der Spaltungsgrund war die Frage: Wie viel Affinität haben die Menschen aufgrund so vieler Jahre Sowjetherrschaft zur östlichen Seite?

Leider gab es auch eine religiöse Verstärkung. Es gab und gibt einen Streit zwischen der russisch-orthodoxen und der ukrainisch-orthodoxen Kirche, der sich auch in der Ukraine abspielt. Ein bestimmter Teil ist russisch-orthodox, und ein anderer Teil ukrainisch-orthodox. Die Frage war unter anderem, ob die russisch-orthodoxe oder die ukrainisch-orthodoxe Kirche bestimmte Güter zurückerhalten, die sie seinerzeit mit der Verstaatlichung oder Enteignung verloren haben.

SP: *Wenn es die Einmischung von Russland nicht gegeben hätte, hätten die Ukrainer ihren Konflikt untereinander klären können?*

Mühsam. Ich erlebe, wie schwer es den post-sowjetischen Staaten fällt, Lernschritte in Richtung Demokratie zu gehen. Sie haben eine enorme Schwierigkeit, mit dem Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition einen Weg zu finden.

Die Oligarchenwirtschaft

Ich habe in Georgien erlebt, wie bei der ersten demokratischen Wahl Gamsachurdia zum Präsidenten gewählt wurde. Mit einem Bündnissystem aus fünf Parteien, in einer Wahl, die nach Wahlbeobachtern im Großen und Ganzen korrekt war. Als Gamsachurdia an die Macht kam, haben die Altkommunisten – das ist so gut wie sicher – einen Bürgerkrieg organisiert, und er musste dann flüchten. Als er nach zwei Jahren wieder zurück nach Georgien kam, verstarb er unter ungeklärten Umständen. Als

Retter des Vaterlandes kam dann Schewardnadse. Er war ehemaliger KGB-Chef Georgiens, bevor er sowjetischer Außenminister wurde. Er hat sofort alles getan, um Staatseigentum an die Freunde und die Familie zu Spottpreisen zu veräußern und die Nomenklatura-Leute hatten das Vermögen, um das zu bezahlen.

Gegen Schewardnadse hat dann die Opposition unter Saakaschwili mehr und mehr Stimmung gemacht, vor allem gegen die Korruption der Familienclans. 2004 wurde Saakaschwili durch Wahlen Staatspräsident. Er konnte in seiner ersten Amtsperiode die kleine Korruption weitgehend beseitigen, wie zum Beispiel Schmiergelder für kleine Steuerbeamte des Finanzministeriums oder Zöllner. Die große Korruption zu beseitigen, ist ihm nicht gelungen, denn daran hat er selbst partizipiert. In der zweiten Amtsperiode hat er mehr und mehr Oligarchenallüren gezeigt und so regte sich Opposition gegen ihn. Schließlich gewann die Opposition mit einem georgischen Banker, der auf saubere Art in Frankreich, Israel und Russland zu seinem Geld gekommen war. Es begann wieder eine Periode der „Säuberung“ und nach einiger Zeit auch wieder Korruption und wieder Opposition.

Vergleichbares habe ich in Armenien erlebt. Georgien ist aber exemplarisch für das Ringen der Ex-Sowjetländer: Die Regierung bedient sich, als wäre der Staat das private Feudaleigentum und erklärt die Opposition zu Terroristen. Und die Opposition, großteils zu Recht, weist nach, dass die Regierung sich bereichert und korrupt ist. Dann kommt die Opposition an die Macht, bereichert sich und hat eine neue Opposition, die wieder zu Terroristen erklärt wird.

Ich habe Ähnliches erlebt in Rumänien, auch in der Ukraine mit der „Ölprinzessin“ Julia Timoschenko. Kaum kam sie aus der Opposition an der Macht, hat sie sich bereichert.

Würden es die Ukrainer also alleine schaffen? Man kann es nur allein schaffen! Aber es bräuchte vielerlei Unterstützung, jedoch nicht im Eigeninteresse, also nicht das Exportmodell der US-amerikanischen Demokratie, die ja problematisch ist, wenn man sieht, wie jetzt die Wahlgesetze der Staaten in den USA verändert werden, damit nur nicht die Afro- oder Hispanoamerikaner mitwählen können. Es gab sogar Konzepte: Wie kann man ein Land im Entwickeln – nicht Importieren – einer Demokratie als Lernprozess unterstützen? Das ist am Ende nicht erfolgt.

Die Ukraine von der EU im Stich gelassen

Auch die EU hat zwar Unterstützung angeboten, aber letztendlich hat man die Ukraine im Stich gelassen. Die Ukraine war hoch verschuldet und Russland hatte versprochen, der Ukraine durch Entschuldung entgegenzukommen. Bei dem gleichzeitig ausgehandelten Assoziierungsabkommen mit der EU haben die EU-Mitglieder keine Alternative zu den russischen Finanzhilfen angeboten. Das hat Öl ins Feuer derjenigen gegossen, die damals sagten:

Hätten wir uns doch Russland angenähert und nicht der EU, die ständig nur Forderungen stellt, nach Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung. Die Ukraine war noch nicht auf dem Weg der Überwindung der Korruption, um den rechtsstaatlichen Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft zu entsprechen.

Das System Putin

SP: Das Oligarchenproblem scheint ja in den postsozialistischen Staaten typisch zu sein, auch in Russland gibt es das Phänomen. Putin hat aber einen Dreh gefunden, diese Oligarchen zu bändigen. Es fällt immer mal wieder einer in Ungnade, aber das führt nicht dazu, dass die Regierung wechselt. Putin schwebt über den Oligarchen und kann sie offenbar bändigen.

Die Korruption in Russland hat andere Dimensionen, als in den anderen post-sozialistischen Staaten. Da gibt es mafiose Strukturen, die weit krimineller sind als in den anderen post-sozialistischen Staaten. Ein Beispiel: Eine Schweizer Bäckerei modernisierte und bot die alten Einrichtungen in Russland an – nicht als bloßes Geschenk, sondern verknüpft mit der vertraglichen Bedingung, zehn Prozent der Produktion kostenlos an Obdachlose zu liefern. Nach einiger Zeit kamen zwei Herren in die Bäckerei und sagten, dass die Bäckerei an sie verkauft werden müsse, sonst würde etwas wie ein Unfall passieren. Nachdem wirklich etwas passierte, haben die Erben zu günstigen Bedingungen verkauft. Transporte mit Lkws quer durch Russland müssen im Konvoi fahren und nachts auf den Parkplätzen Wagenburgen bilden. Ein bis zwei müssen bewaffnet wachen, sonst werden sie ausgeraubt. Auch das mafiose Schutzgeldsystem hat Putin lange noch nicht in den Griff bekommen

SP: Würden Sie sagen, das System Putin ist Russlands Weg zur Demokratie oder ist es ein Hindernis auf diesem Weg?

Da hat sich etwas geändert. Am Anfang sah das Modell der gelenkten Demokratie aus wie ein Übergang, um mehr und mehr zu lernen, wie Selbststeuerung ausschaut. Aber ich bin der Meinung, er ist inzwischen korrumpiert worden durch die Macht, die ihm zugetragen wurde. Das zeigte sich unter anderem bei dem Spiel zwischen Präsidentenamt und Ministerpräsident und der Verlängerung der Amtszeit. Zwar gibt es Wahlen, aber es wird oft Stalin zitiert, der gesagt haben soll: „Die Wahl gewinnt der, der die Stimmzettel zählt.“

Wie gehen solche Länder um mit diesem Entwicklungsprozess? Ohne Unterstützung, um wirklich die eigenen Ressourcen zu mobilisieren, geht es nicht. Aber nicht bevormundend wie in andern Ländern.

Auswege aus der Konfliktfalle

AB: Wenn wir Ihre Konflikttypologie auf diese Eskalation anwenden, welche Pfadentwicklungen könnten daraus hervorgehen? Nehmen wir an, dass Putin mit einer kalten Logik agiert, weil er glaubt, dass er über Verhandlungen und eine begrenzte Intervention wie

in der Krim die Einflussphäre Russlands nicht mehr erweitern kann. Dass er nun massiver werden muss und aus dem kalten Konflikt, der noch beherrschbar und eingeehrt war, in einen heißeren Konflikt eintreten muss. Hier stellt sich die Frage: Wie gut ist die Rechnung mit der anderen Seite gemacht? Hat er das eingepreist, was jetzt passieren kann an Sanktionen und Eskalationen, auch für sein eigenes Land? Oder hat er sich möglicherweise verkalkuliert?

Oder es kommt in seinem Kalkül nicht vor! Das wäre das Schlimmste.

Ich habe kürzlich im deutschen Fernsehen von jemandem gehört, der die Situation gut kennt, Putin sei das eigene Volk egal. Auch wegen der Leidenschaftlichkeit, von der wir vorhin sprachen! Wenn es nicht ewig dauert, sodass eine Revolte gegen ihn entstehen könnte, steht die Bevölkerung das durch, zumindest für einige Zeit. Der Bösewicht sei sowieso der Westen, und Russland sei wie immer nur das Opfer. Ich glaube inzwischen, dass das Kalkül, da käme Leid auf das russische Volk zu, keinen hohen Stellenwert für Putin hat. Sehr wohl hat einen Stellenwert, ob die Oligarchen merken, dass ihnen die Felle davon schwimmen. In Österreich sind – nach Deutschland – die meisten Investoren Russen. Das trifft die Oligarchen, das Volk noch nicht.

Nach meiner Eskalationstheorie gibt es bereits seit 2014 Krieg im Osten der Ukraine, wenn auch lokal beschränkt. Es war Krieg, wenn man sich bewusst macht, was da die Menschen erlebt haben. Leider wurde das kaum wahrgenommen, denn das war „nur“ regional. Die Frage war, ob die Arena des Kriegs sich ausweiten sollte.

Ich habe es noch vor einer Woche so eingeschätzt, dass es nicht zu einem wirklichen Krieg rund um die Ukraine kommen wird. Seit dem Einmarsch muss ich das relativieren. Aber aus russischer Sicht ist das immer noch, glaube ich, ein Erhöhen des Drohpotenzials. Ich gehe davon aus, dass selbst Putin sich darüber im Klaren ist, dass es in der Ukraine anders ist als in Belarus mit Lukaschenko, der als Marionette geführt werden kann. Das wird in der Ukraine nicht so ohne Weiteres möglich sein, denn Erobern ist das eine, aber ein Land besetzt zu halten das andere.

Ich bin immer noch überzeugt, dass dieser Krieg – in meiner Theorie ist das die Stufe 7 – eine begrenzte, wenn auch schreckliche Schädigung des Gegners ist, um seinen Forderungen mehr Gewicht zu verleihen. Es geht nicht um die totale Zerstörung der Ukraine. Wenn vieles schief geht, kann es leider am Ende darauf hinauslaufen. Ich schätze aber immer noch, dass das nicht in Putins Intention liegt. Er will ernst genommen werden. Letztendlich geht es ihm um seine Forderungen an die NATO.

Perspektive Neutralität und Demilitarisierung

Er hat primär ein Interesse an der Demilitarisierung der Ukraine. Warum soll für die Ukraine nicht dieselbe Lösung möglich sein wie für Österreich 1955? So sind wir die vier Besatzungsmächte damals

los geworden. Das war fast zehn Jahre lang zähes Verhandeln. Eine Pattstellung nach der anderen musste in den Verhandlungen aufgelöst werden. Mit dem Konzept der Neutralitätsstellung nach Schweizer Muster war es schließlich möglich. Was nicht Demilitarisierung hieß, denn Österreich musste wie die Schweiz gerüstet sein, um das Territorium zu verteidigen. Putin hat vorgestern gesagt, die Lösung könnte darin bestehen, dass die Ukraine als Land neutral und demilitarisiert ist.

Nach wie vor denke ich, dass der Weg – wenn die Waffen wieder ruhen sollten und das Desaster noch nicht komplett ist – in Richtung Neutralität gehen könnte. Es ist für einen Österreicher wie mich keine verrückte oder abwegige Idee. Willy Brandt hatte als Bundeskanzler durchaus überlegt, ob Neutralität auch für Deutschland als Bedingung für die Wiedervereinigung infrage käme.

Man müsste das in der heutigen Situation natürlich neu anschauen. Die NATO-Mitgliedschaft ist für die Ukraine in dieser Perspektive keine Lösung. Eine EU-Mitgliedschaft hingegen wäre möglich, aber als neutraler Staat. Darum finde ich es extrem unklug, wenn die Offiziellen in der EU sich mehr und mehr so äußern, als wäre die EU identisch mit der NATO. Mir ist wichtig, deutlich zu machen, dass es EU-Mitglieder gibt, die nicht in der NATO sind. Das ist eine Kraft. Es ist wichtig, dass auf diese EU-Mitglieder kein Konformitätsdruck ausgeübt wird, damit sie im Gleichschritt mit der NATO marschieren müssten.

In den Mokassins des anderen

AB: *Dann müsste natürlich auch Russland Garantien geben, das gehörte einfach dazu. Das muss mitgedacht werden.*

Weil Sie Willy Brandt angesprochen habe: Die Symptomatologie, die wir gerade erleben, besteht darin, dass alle nur noch in Konfliktszenarien denken und nur die nächste Schraubenumdrehung planen, die sie jetzt machen müssen. In der Organisationsentwicklung oder als Hochschulmanager lernt man, wenn man im ständigen Streit mit den Kollegien liegt, sich schnell zu fragen: Wie komme ich aus dem Streitszenario heraus, damit wir wieder zu einer Lösung kommen?

Ich weiß, dass die anthroposophischen Autoren Willy Brandt und Egon Bahr immer kritisch beäugt haben, weil sie zu links und nicht autonom genug, sondern im westlichen Block eingebunden waren. Aber sie haben zu der Zeit damals eine wirklich gute Politik gemacht. Ein Ansatz scheint mir bei Egon Bahr und auf der russischen Seite Valentin Falin (russischer Botschafter der UdSSR in Bonn) ablesbar zu sein, dass sie sich darauf geeinigt haben, den Konflikt immer auch mit den Augen des anderen zu betrachten. Sie haben das zu einer Spielroutine gemacht: Wenn ich etwas vorschlage aus meiner Sicht, überlege ich mir gleichzeitig, wie der Vorschlag für die andere Seite zu werten ist. Wie kann sie damit umgehen? Bahr und Falin haben das Spiel permanent gespielt. Wenn sie nicht weiter gekommen sind, tauschten sie die Rollen: Sie sagen mir, Herr Bahr, warum Russland nicht unterschreiben

kann, und ich sage Ihnen, warum Deutschland nicht unterschreiben kann. Damit lernt man, sich in die Schuhe des anderen zu stellen und das Problem so von verschiedenen Seiten zu beleuchten. Diese Technik vermisst ich momentan.

Sehen Sie einen Ansatzpunkt, wie man in diese Technik hineinkommt, umzudenken und nicht nur die Eskalationsspirale weiterzudrehen?

Ich komme zurück auf die EU-Mitglieder, die nicht bei der NATO sind. Diese Länder müssten aktiv werden, sie dürften dem Druck nicht nachgeben. Was Sie sagen, ist das Grundprinzip jedes Dialogs. Wenigstens den anderen zu verstehen, heißt noch nicht, einverstanden zu sein. Rudolf Steiner nennt schon in der „Philosophie der Freiheit“ die Maxime des freien Menschen: „Leben in der Liebe zum Handeln und leben lassen im Verständnis des fremden Wollens.“ Ohne Verständnis des fremden Wollens geht es nicht. Es geht nicht, zu sagen: Sei doch kein Putin-Versteher! Ich bin auch ein Biden-Versteher, ein Stoltenberg-Versteher. Man darf doch niemanden zum Vorwurf machen, dass er in die Mokassins der anderen Seite schlüpfte. Diese Haltung geht allerdings immer in der Polarisierung der Eskalation verloren. Die Kernparteien des Konflikts schaffen das nicht. Das kann nur durch gute Dienste und Profis, durch andere geschehen, die beispielsweise EU-Mitglieder sind, jedoch nicht NATO-Mitglied.

Wir haben das in der Geschichte erlebt. Gerade Finnland würde davon profitieren und müsste Interesse daran haben. Der vorherige finnische Ministerpräsident war sehr aktiv geworden bei internationalen Konflikten. Die Finnen müssten aus der Zuschauer-Rolle herausgehen und sollten sich nicht zu NATO-Mitgliedern vereinnahmen lassen. Dann ist so etwas möglich, in Formaten, wie es seinerzeit zwischen Ägypten und Israel durch Carter passiert ist. Es wäre auch möglich, wenn Elder Statesmen wie Friedensnobelpreisträger sagen: Bevor die Welt völlig kaputtgemacht wird, werden wir tätig.

Erneute Blockbildung als Lösung?

SP: *Ist das Problem in der gegenwärtigen Lage vielleicht auch, dass wir keine Blockkonfrontation mehr haben? Früher, im Kalten Krieg, war klar: Hier sind wir und das sind die anderen. Das sind die, in die ich mich hineinversetzen muss, um den Gegensatz aufzulösen. Jetzt ist das Bewusstsein, dass wir uns in einer Blockkonfrontation befinden, nicht vorhanden. Wir sind alle liebe kleine Staaten und müssen uns gegen Russland zusammenschließen. Wäre es ein temporärer Ausweg zu akzeptieren, dass wir wieder in einer Blockkonfrontation sind, um den Mechanismus wieder in Gang zu bringen, das sind wir und das sind die anderen, und wir müssen damit umgehen lernen?*

Wer wäre denn welcher Block? Die EU, sagen Sie, ist nicht der Block, die NATO auch nicht, die USA für sich auch nicht.

Es ist deutlich, dass Putin immer die EU als Marionette der USA gesehen hat. Wo bleibt die eigentliche

Position Mitteleuropas – das ist nicht die EU – also einer Kraft, die gegenüber der Polarisierung wieder Öffnungen herstellen und Brücken bauen kann? Der Dämon der Polarisierung ist weltweit seit längerem da, und es ist zulässiger geworden, mit Drohszenarien zu arbeiten. In der Zeit nach 1990, als über eine neue Sicherheitsarchitektur gesprochen wurde, war das anders. Da gab es eine Aufbruchstimmung. Das ist nun völlig umgekippt.

Von einer Blockbildung halte ich nichts, es sei denn, es entsteht ein Block der Neutralen und Demilitarisierten, die sich als eine Kraft verstehen. Darin hätte auch die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied eine wichtige Rolle zu spielen. Mit Österreich als EU-Mitglied, aber neutral, und Finnland demilitarisiert, aber nicht neutral, ergäbe sich eine interessante Mischung. Damit könnte etwas beginnen.

Ich habe aufgegeben, auf das moralische Gewicht von Kirchenfürsten zu setzen. Papst Franziskus hat zwar großartige Dinge gesagt und getan in letzter Zeit, aber Putin hört nicht auf ihn. Der Patriarch von Moskau ist ein Angestellter des Kreml und der Patriarch der ukrainischen-orthodoxen Kirche ist zu nahe am politischen System der Ukraine. Ich erwarte daher nichts vom Rat der Kirchen als moralische Instanz. Leider. Auf den Dalai Lama hört auch keiner von denen.

Was auch helfen könnte, wäre eine informelle Gruppe von Ex-Friedenspreisträgern. Sie könnten quasi als das Gewissen der Welt sprechen. Das klingt vielleicht etwas abgehoben oder pathetisch, aber es hat in manchen Situationen gewirkt.

AB: *Wenn man sich vorstellt, die Sanktionen, die im Raume stehen, würden wirkmächtig und man würde die Gaslieferungen abschneiden und Russland zum Leiden verurteilen, dann würden wir unter Umständen wieder in eine Blockkonfrontation hineingeraten, weil man Putin damit in die Arme der Chinesen treiben würde. Er muss seine Ressourcen verkaufen. Dann hat man das, was Biden bzw. die USA fürchten, dass am Ende ein gefährlicher Block Russland-China entstehen kann, und das mit einer EU, die nicht definiert ist. Das könnte eine Konstellation sein, die uns in den nächsten Jahren ins Haus steht. Was ist dann die Rolle Europas in dieser neuen Konstellation? Bisher waren wir immer in der Mitte des Konflikts, aber eine ohnmächtige Mitte, jetzt werden wir randständig. Liegt darin vielleicht eine Chance für die europäischen Kernländer Frankreich, Deutschland und Polen, sich auf sich selbst zu besinnen und zu fragen, was Europa in einer solchen Konstellation ausmacht?*

Dass Russland zu China hingetrieben wird, ist ganz klar. Das kann aber kein Dauerzustand sein. Ich sehe die Chancen der deeskalierenden Wirkung der Blockbildung nicht nur skeptisch, sondern lehne sie ab. Denn die Blockdynamik führt nur zu einem Freund-Feind-Denken und dem Problem, wer zwischen zwei Stühlen oder randständig sitzt. Ich setze noch immer auf die OSZE. Russland ist noch immer aktives Mitglied und das Konsensprinzip wurde dort von Russland noch nie missbraucht. Ich setze

auf wirkliche Initiativen von denjenigen, die nicht zu den polarisierten Gruppen gehören wollen. Da wäre ein Dialograum zu eröffnen. Die völlig verfeindeten, polarisierten Gegner kommen aus eigenen Kräften nicht heraus, das ist so gut wie sicher. Aber es muss einen Weg heraus geben können! Eine Besatzung über die nächsten 20 Jahre und ein Kalter Krieg unter dem Damoklesschwert nuklearer Waffen kann keine Dauerlösung sein.

Es muss das Gespräch gesucht werden, und es darf nicht passieren, was immer passiert, wenn ein Konflikt eskaliert, nämlich dass die Gespräche abgebrochen werden. Genau dann sind mehr Gespräche nötig. Das kann nur durch die Vermittlung anderer geschehen, die nicht an der Eskalation beteiligt und auch nicht Leidtragende sind. Es braucht ein Neutralitätskonzept.

Friedrich Glasl

geboren 1941 in Wien. Berater/Trainer für Unternehmensentwicklung / Konfliktmanagement in Wirtschaft, Verwaltung und Kultur sowie bei ethnokulturellen Konflikten in Armenien, Brasilien, Finnland, Georgien, Kroatien, Niederlande, Nordirland, Schweden, Russland, Südafrika. Lehrt an der Universität Salzburg, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Zürich. – Studium der Politologie in Wien, 1967 Dissertation zur internationalen Konfliktverhütung. 1967 bis 1985 tätig am NPI (Institut für Organisationsentwicklung, gegründet von Bernard Lievegoed) in der Unternehmensberatung, Forschung und Lehre. 1983 Habilitation mit Schwerpunkt Organisationsentwicklung und Konfliktforschung (Bergische Universität Wuppertal). Sekretär für den österreichischen Zweig der Friedensorganisation "Service Civil International". In diesem Rahmen organisierte er Workcamps zur Begegnung von Menschen von beiden Seiten des Eisernen Vorhang, etwa in Ungarn und im Waldviertel. Er ist Mitbegründer der Trigon-Entwicklungsberatung und war Dozent für Organisationsentwicklung (Universität Salzburg Gastprofessor an der Staatlichen Universität Tbilissi, Georgien).

André Bleicher, Stefan Padberg

beide im Vorstand des Instituts für soziale Gegenwartsfragen

Hinweis

Vergleiche auch das Interview mit Friedrich Glasl "Die Ukraine, Russland und der Westen" in Sozialimpulse Heft 3/2015.